

Haushaltsrede zur Beratung und Verabschiedung des Haushalts 2023

Rede des Fraktionsvorsitzenden Prof. Dr. Johannes Grabmeier

Montag, 12.12.2022

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen im Stadtrat von Deggendorf, sehr geehrte Damen und Herren von der Verwaltung,

1 Allgemein zum Haushaltsplanentwurf

1.1 Keine Schuldenaufnahme notwendig, da sehr gutes Jahresergebnis 2022

die Voraussagen des Kämmerers im letzten Jahr, dass der Haushalt 2022 vorläufig der letzte ohne neue Schuldenaufnahme sei, haben sich erfreulicherweise nicht bewahrheitet. Er hatte 3,5 Millionen Euro neue Schulden für 2023 prognostiziert. Wir freuen uns alle, dass trotz Corona-Pandemie und Ukrainekrieg das Jahr 2022 nun derartig erfolgreich geworden ist, dass wir nicht nur diese Schuldenaufnahme für 2023 nicht brauchen, sondern sogar den bestehenden Schuldenberg von knapp 29,9 Millionen Euro auf unter 28,2 Millionen Euro reduzieren können. Wir können mit etwa 26 Millionen Euro den höchsten Gewerbesteueranteil aller Zeiten feststellen. Damit hat die Gewerbesteuer die Einkommensteuer, die mit 20,5 Millionen Euro knapp unter dem Ansatz liegen wird, wieder überholt. Dass wir auch 2022 wieder so ein gutes Ergebnis erzielen können, dafür ist vor allem den Bürgerinnen und Bürgern zu danken, die die Einkommensteuer erarbeitet haben und die in den Unternehmen dafür sorgen, dass die Stadt in dieser Weise von der Gewerbesteuer profitieren kann.

Wir bekommen heuer die zweithöchste Zuführung zum Vermögenshaushalt, dafür erreichen wir aber dann 2023 nur die Mindestzuführung von 2,3 Millionen Euro und müssen die Investitionen im Jahr 2023 um 4,8 Millionen auf 14,9 Millionen Euro deutlich reduzieren. Wir können auch viel den Rücklagen zuführen, so dass wir voraussichtlich auch 2024 trotz Neubau der Theodor-Eckert-Schule noch keine neuen Schulden aufnehmen müssen. Das wird dann 2025 allerdings anders ausschauen. Dazu später mehr.

1.2 Zuwachsraten Heizkosten

Dass es insgesamt nicht noch besser wurde, liegt natürlich vor allem an der Inflation und an den explodierenden Energiekosten. Auf Strom, Heizöl und Gas mussten wir ja in den vergangenen Haushalten kein besonderes Augenmerk legen. Das war günstig und spielte keine wesentliche Rolle. Jetzt aber galt es das einmal bei den 26 Liegenschaften der Stadt Deggendorf in Augenschein zu nehmen. Diese Positionen sind natürlich über die 4135 Einträge im Verwaltungshaushalt verteilt. Was ich seit Jahren hier kritisiere ist die unflexible Software der AKDB mit der die Kämmererei die Haushaltspläne und die Buchführung zu erstellen haben. Dass am Ende dann Stadträte diesen Haushaltsentwurf verstehen, prüfen und beschließen müssen, das ist ohnehin nicht im Blickfeld der AKDB, denn dafür bietet diese Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern im Eigentum unter anderem vom Gemeindefrat und Städtetag, keine Unterstützung an. Beispielsweise der Art, dass wir als Stadträte leicht überprüfen könnten, wie sich der Zuwachs bei den 26 Liegenschaften der Stadt hinsichtlich der Energiekosten darstellt, wo er gering ist, wo er überproportional ist etc.

1.3 Eigenes Auswerteprogramm, Dank an Kämmererei

Ich hatte im letzten Jahr den Kämmerer Sterr gebeten uns den Haushalt auch als Tabelle für ein Tabellenkalkulationsprogramm zur Verfügung zu stellen. Das hat er dann im Nachgang zu 2022 und jetzt auch für 2023 gemacht und ich habe dann selbst Programme geschrieben, die solche Abfragen wie gerade in Bezug auf die Energiekosten genannt, erlauben und die uns die AKDB nicht zur Verfügung stellt. Die Abfrage über die Zuwachsraten der Heizkosten für alle städtischen Liegenschaften konnte ich so erstellen und an Herrn Sterr senden. Er konnte dann alles Punkt für Punkt sehr gut nachvollziehbar erläutern und begründen. Auf diese Weise kann man unseren Auftrag, das Verwaltungshandeln zu überwachen, sehr gut nachkommen. An dieser Stelle, Herr Sterr Ihnen, Frau Reisinger und Ihrem ganzen Team unser herzlichster Dank nicht nur dafür, sondern ganz allgemein für die Erstellung des Haushaltsentwurfs mit dieser nicht besonders unterstützenden AKDB-Software!

1.4 Investitionen

Bei den Investitionen insbesondere die über 100 Tausend Euro wurden i.w. von uns allen mitgetragen und die meisten schon vorab beschlossen. Ein großer Anteil betrifft die Investitionen in Energieeffizienz, insbesondere die restliche Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED. Für die erste Hälfte haben wir allerdings 8 Jahre gebraucht, nun schaffen wir den Rest 2023. Was alles geht, wenn man unter Druck ist!

Es ist auch richtig, dass wir mehr als 1,6 Millionen Euro in den Hochwasserschutz und in die Regenrückhaltung investieren sowie für die Neugestaltung des Stadtparks 417.000 Euro in die Hand nehmen. Für das Verwaltungshandeln geben wir fast 1,8 Millionen Euro in EDV, Feuerwehrausstattung und weitere Vermögensgegenstände aus. Bei der Sanierung der Straßen muss allerdings 2023 kürzer getreten werden.

Die Summe der neu im Haushalt vorgesehene Grunderwerbspositionen reduziert sich deutlich von ca. 4 Millionen Euro auf 1,1 Millionen Euro, was bei mir zunächst ein Fragezeichen erhielt. Aber – das haben wir dann in der Vorberatung erfahren – wir haben noch 3 Millionen Euro aus 2022 übrig, so dass dann das insgesamt wieder passt. Da sieht man auch ein weiteres Problem: Solche Erkenntnisse können wir nicht eigenständig aus dem Haushaltsentwurf gewinnen. Bei meinem Vorschlag deshalb und jeweils auch die aktuellen Restmittel aus dem laufenden Jahr anzugeben, war Herr Sterr noch etwas zögerlich. Meine Anregung aus dem letzten Jahr, dass die Verwaltung jeweils im Januar eine Aufstellung allen Stadträten über die im Jahr zuvor erfolgten Immobilienkäufe und -verkäufe zur Verfügung stellt, will ich gerne wiederholen und hoffe das passiert demnächst.

Bei den Investitionsbeträgen unter 50.000 Euro kann der OB ja gemäß Geschäftsordnung nach unserem Satzungsbeschluss zum Haushalt eigenständig handeln. Trotzdem empfiehlt es sich im einen oder anderen Fall so eine Investition im zuständigen Ausschuss vorzubereiten. Da gibt es bald jedes Jahr für uns Überraschungen. Ich weiß es nicht, ob das gewollt ist oder einfach übersehen wird. Da entschließt man sich eine neue Stadtzeitung mit dem witzigen Titel DEGBlatt herauszugeben. So weit, so nett. Nicht nur ich habe mich gefragt, wann haben wir das schon wieder beschlossen? Natürlich haben wir das, es ist im Haushalt 2022 mit 45.500 Euro angesetzt worden und damit konnte der OB das einfach starten, da das ja weniger als 50.000 Euro kostet, wunderbar! Das hat vor einem Jahr aber von uns keiner mitbekommen, man hätte ja den Sinn und Zweck erst einmal diskutieren können oder der Verwaltung ein Richtlinie vorgeben, was da alles reinkommen kann und was nicht. Ich bin zuversichtlich, wir werden in jeder der weiteren Ausgaben neben vielen nützlichen Informationen für unsere Bürgerinnen und Bürger immer auch ein schönes Konterfei von unserem OB in dem Blatt bewundern können, so wie auch auf der Homepage der Stadt. Ich werde daher meine Programme zur Auswertung des Haushalts noch weiter verfeinern müssen, so dass man solche verborgenen Perlen in den insgesamt 4805 Haushaltspositionen in Zukunft auch vorab entdeckt, wenn man uns so etwas schon nicht aktiv mitteilt. Dann können wir, falls erforderlich, noch eingreifen, wenn solche Positionen im Haushalt versteckt sind und unseres Erachtens eigentlich eine Beratung und Beschlussfassung im Stadtrat notwendig wäre.

1.5 Schulden

Durch das gute Jahresergebnis können wir heuer erfreulicherweise die Schuldenlast unter 28,2 Millionen Euro reduzieren und gleichzeitig der Rücklage 8,2 Millionen Euro zuführen. Die im Haushalt 2023 eingeplante Mindestschuldentilgung liegt dagegen wieder nur bei ca. 16.700 Euro (Unterabschnitt 1.9121) wegen der Zuschussanträge der Vereine wie schon für 2022 und dass wir 2023 nochmals so einen gutes Ergebnis wie heuer erzielen können ist unwahrscheinlich.

Mit den Investitionen in die neue Theodor-Eckert-Schule werden dann schlussendlich 2025 wirklich neue Schulden fällig. Investitionen für unsere Kinder sind notwendig, auch wenn die das dann letztlich selbst zurückzahlen müssen. In der Gemeindeordnung steht aber in Art. 71 Abs. 2 Satz 1 Folgendes

„Kredite dürfen grundsätzlich erst nach Ausschöpfung anderer Deckungsmöglichkeiten aufgenommen werden;“

1.6 Gewinnausschüttungen der Sparkasse

Und da bin ich bei dem Thema, das ich seit Jahren hier beklage, nämlich die Ausschüttungspolitik unserer Sparkasse, die in allen Krisenzeiten stets zuverlässig und erfreulich Gewinne erwirtschaftet, aber diese dann weit über das notwendige Maß ihren eigenen Rücklagen zuführt, statt auch ihren Trägerkommunen wie der Stadt Deggendorf, der 35 % der Sparkasse gehören, vom sprudelnden Geld etwas zukommen zu lassen. Das entscheiden aber nicht die Bankdirektoren, das entscheiden unsere Vertreter im Sparkassen-Verwaltungsrat, auch wenn die Bankdirektoren das entsprechend vielleicht anders darstellen. Ich bin da auch im konstruktiven Dialog mit Bankdirektor Swihota und werbe auch da für diese eigentliche Selbstverständlichkeit.

Wie jedes Jahr fordere ich daher unsere Vertreter im Sparkassen-Verwaltungsrat auf, nicht nur ihrer Verantwortung gegenüber der Sparkasse, sondern auch ihrer Verantwortung gegenüber Deggendorf gerecht zu werden. Denn der Beschluss von Gewinnausschüttungen nachdem die Eigenkapitalquote dort seit Jahren jeweils weit höher als notwendig sich darstellt, erlaubt dies. Unsere Vertreter dort sind der Oberbürgermeister Dr. Moser, Stadträtin Margret Tuchen und Stadtrat Ali Schraufstetter. Neuschulden bräuchten wir im Jahr 2025 nicht, wenn Sie in der Vergangenheit meine Aufforderungen ernsthaft in Betracht gezogen und umgesetzt hätten! Und auch einen verbesserten ÖPNV-Verkehr, darüber sprechen wir ja noch nächsten Montag, wäre gut damit finanzierbar.

Das Ergebnis ist: Nur wenn man das Thema Sparkasse ausblendet, wären neue Schulden 2025 gerechtfertigt. Das werden wir aber nicht alle ausblenden und das Ziel des Oberbürgermeisters auch wie vermutlich heuer wieder einen einstimmig verabschiedeten Haushalt zu erreichen, wird dann höchstwahrscheinlich nicht mehr im Bereich des Möglichen sein. Für so ein Ziel muss man halt dann auch etwas tun! Noch ist Zeit und Gelegenheit zum Umdenken.

1.7 Zustimmung zum Haushalt

Heuer aber können wir diesen Wunsch wieder gerne erfüllen. Die Fraktion der FREIEN WÄHLER wird dem vorgelegten Haushaltsentwurf zustimmen, da wir fast alle vorgesehenen Investitionen und abgebildeten Aktivitäten mitgetragen haben und mittragen werden.

2 Grundsätzliche Überlegungen

Ein demokratischer Höhepunkt in allen Parlamenten und kommunalen Verwaltungsgremien sind die Haushaltsreden in der alle Aspekte der Politik der Hauptverantwortlichen, also Regierungskoalitionen, Minister, Oberbürgermeister und Mehrheitsfraktionen angesprochen werden können. Das ist gute demokratische Tradition und sollte es, was ich mir gar nicht vorstellen kann, von irgendeiner Seite Ideen gegeben haben, Appelle zur Redezeitbeschränkung in die Welt zu setzen, so wäre das schon aus ganz grundsätzlichen Gründen zurückzuweisen! Bei der Sitzung der Fraktionsvorsitzenden bei der man sich auf Beschränkungen einigte, waren nach meiner Kenntnis 3 Fraktionsvorsitzende und auch ich nicht anwesend. Ich hätte einer solchen Vereinbarung nicht zugestimmt.

Letztes Jahr hatte ich ja dann sogar darauf verzichtet, solche grundsätzlichen Überlegungen hier vorzutragen und sie nur im Redetext zu Protokoll gegeben. Das soll heuer wieder anders sein, nicht dass man weiter noch solche Ideen wie gerade geschildert, irgendwo verfolgt. Die noch immer aktuellen Punkte aus dem letzten Jahr werde ich dann am Ende auch nochmals kurz ansprechen.

2.1 Keine Anfragen im Plenum

„Die Gemeinderatsmitglieder können in jeder Sitzung nach Erledigung der Tagesordnung an den Vorsitzenden oder die Vorsitzende Anfragen über solche Gegenstände richten, die in die Zuständigkeit des Gemeinderats fallen und nicht auf der Tagesordnung stehen.“

So steht es in der Muster-Geschäftsordnung des Gemeindetags. Im Januar hat die Mehrheit aus CSU, JU, FDP, SPD und AfD die in vielen anderen Städten vorgesehene und landauf, landab übliche Möglichkeit im Plenum Fragen zu stellen, abgelehnt. Vor was hat man denn da in Deggendorf Angst? Auf keinen Fall soll anscheinend irgendetwas in einer Plenumsitzung außerhalb der Kontrolle des Oberbürgermeisters sein. Das muss man jetzt nicht unbedingt als Zeichen von Stärke und Souveränität deuten. Dem Klima im Stadtrat wäre es förderlich, wenn es da doch einmal ein Umdenken gäbe. Wie man dann später im Jahr gesehen hat, kann man auch problemlos die Geschäftsordnung ändern, wenn man das nur will.

2.2 Beiräte

Ähnlich beklagenswert war die Ablehnung der geforderten institutionellen Einrichtung mit entsprechenden Regeln und Satzung für die Beiräte durch den Stadtrat. Auch das ist woanders völlig anders und hier kocht die Mehrheit wieder ihre spezielles Deggendorfer Süppchen – um nicht zu sagen eine undurchsichtige Knödelbrühe.

2.3 Beauftragung von Architekten eines Bauträgers zur Entwicklung des Bebauungsplans

Zur Bauleitplanung: Es war die größte Enttäuschung im vergangenen Jahr, dass der Oberbürgermeister eine radikale Kehrtwendung zu den schon überwunden geglaubten früheren Zuständen machte: Nun soll es also wieder möglich sein, dass Planung für den Bauträger und Planung für die Stadt zur Unterstützung unserer hoheitliche Bauleitplanung in der Hand ein und derselben Architekten und Stadtplaners liegen. Das Argument des OBs, man würde in die freie Berufstätigkeit eines Architekten eingreifen, geht fehl, denn die Stadt vergibt den Auftrag und der Architekt kann nur dann tätig werden und wenn einer den Auftrag nicht bekommt, aus welchen guten Gründen auch immer, dann greifen wir doch nicht in seine freie Berufstätigkeit ein. Umgekehrt ist es nach juristischer Einschätzung auch so, dass in so einer Konstellation ein Architekt einen solchen Auftrag gar nicht annehmen darf, da er dann seinen beiden Loyalitätsverpflichtungen nicht in gleicher Weise nachkommen kann. Wenn er vorbereitend für die hoheitlich Bauleitplanung der Stadt tätig ist, dann sind ja auch die entsprechenden Maßstäbe wie für einen Amtsträger anzuwenden, wenn dieser von anderer Seite Geld bekommt. Besonders traurig auch, die Entscheidung darüber wurde dem Stadtrat weggenommen, ist ausschließlich jetzt in der Verwaltung angesiedelt und die übliche Mehrheit hat sich damit selbst entmachtet.

2.4 Vorberatungen in Ausschüssen

Zum Thema Vorberatungen gibt es zwei Aspekte. Zum einen Vorberatungen in Ausschüssen mit den Beschlussvorschlägen eine Empfehlung an das beschließende Stadtratsgremium abzugeben. Da würde ich mir wünschen, dass man das seitens der Medien auch korrekt berichtet, bzw. überhaupt berichtet, wenn beispielsweise der Verwaltungsausschuss den Haushalt vorberät. Auch damit der OB der Versuchung widerstehen kann, eine weitere Diskussion dann vor der Beschlussfassung möglichst mit einem Verweis auf eine einstimmige Empfehlung im vorberatenden Ausschuss zu unterbinden, ist gelegentlich eine Neinstimme aus taktischen Gründen da notwendig. Vorletzte Woche ging es da um einen Schuss vor den Bug wegen nicht erlaubter parteipolitischer Aktivitäten im gemeinnützigen Senioren-Aktiv-Club. Ich habe übrigens in keiner Weise den Senioren-Aktiv-Club attackiert, sondern nur sehr deutlich das an seine Vorsitzende Kollegin Cornelia Wohlhüter adressiert. Der notwendige Schuss vor den Bug zur künftigen Vermeidung solchen Treibens ist gelungen und ich werde selbstverständlich heute dem Haushalt der St. Katharinenhospitalstiftung zustimmen und damit mit 9100 Euro den Senioren-Aktiv-Club fördern wie alle anderen, die da zustimmen werden.

2.5 Vorberatungen von Themen

Der zweite Aspekt: Von mir oft gefordert, bisweilen Ernst genommen, interessanterweise gerne auch dann, wenn man selber noch keine Lösung weiß. Themen sollten viel öfter ergebnisoffen im Stadtratsplenum oder in einem Ausschuss beraten werden. Beispiele gibt es immer wieder: Der Stille Wald. Meine Kritik dazu hat der OB zunächst zur Kenntnis genommen, bis ihm dann später das Argument einfiel, wenn man diese Idee vorberaten hätte, dann wären wir sofort mit anderen Kommunen im Wettbewerb. Einverstanden, Herr Oberbürgermeister: Wenn so etwas im Raum steht, bin ich gerne bereit einen nicht-öffentlichen Tagesordnungspunkt dazu zu akzeptieren.

Dass eine Vorberatung beim Beispiel des neuen DEGBlatts angebracht gewesen wäre, habe ich schon angesprochen. Die Sanierung des ehemaligen Murauerhauses wäre ein weiteres Thema, das man durchaus hätte so wie die Anträge der Vereine vorletzte Woche als eigenen Tagesordnungspunkt auf die Agenda des Verwaltungsausschusses setzen können. Aber, da muss es ja wohl ohnehin noch einen Maßnahmenbeschluss geben. Und dann letzte Woche: Da erfahren wir aus der Zeitung, dass der Plattlinger Bürgermeister Schmalhofer selbstverständlich eine Entscheidung über einen gemeinsamen Oberzentrumsantrag zu Erstellung eines „digitalen Zwillings“ in den Stadtrat gibt, während der OB das einfach selbst entscheidet. Lieber Herr Oberbürgermeister Dr. Moser, da dürfen Sie sich gerne mal ein Beispiel an Ihrem Parteifreund in Plattling nehmen!

2.6 Bürgerversammlung

Bei der Verleihung des goldenen Ehrenrings an Oberbürgermeister Dr. Moser hat der ebenso Ehrenringträger, Stadtratskollege Alois Schraufstetter, die Laudatio insofern ergänzt, dass er die von ihm gestalteten Bürgerversammlungen besonders schätzt. Dem schließe ich mich gerne an, muss leider aber auch etwas Wasser in den Wein gießen: Eine Bürgerversammlung hat nämlich noch andere Zwecke nach dem Gesetz. Der entsprechende Artikel steht unter der Überschrift Mitberatungsrecht. Die Bürger und Bürgerinnen von Deggendorf haben nämlich das Recht hier Empfehlungen zu beantragen, nur sie dürfen das Wort erteilt bekommen und dann muss die Bürgerversammlung auch darüber abstimmen können, damit dann innerhalb von 3 Monaten der Stadtrat sich mit so einer Empfehlung beschäftigen kann und auch muss.

In Deggendorf sind wir da wohl in keiner Weise darauf vorbereitet, diese gesetzlich vorgegebenen Möglichkeiten überhaupt bei einer Bürgerversammlung umzusetzen. Man müsste dazu beim Eintritt der Teilnehmer erst einmal feststellen, wer als Bürger und Bürgerin von Deggendorf stimmberechtigt ist und z.B. Stimmkarten ausgeben. 2019 hat man den Klosterberg-Schützern, die einen solchen Antrag stellen wollten, dies anscheinend deshalb gleichsam für ein Linsengericht abgekauft. Also, damit man mich nicht missversteht: Ich habe nichts dagegen, wenn der Oberbürgermeister mit seinen Showmaster-Talenten in der Bürgerversammlung brilliert, aber gleichzeitig sollten die gesetzlich Vorgaben für unsere Bürger und Bürgerinnen in Deggendorf deswegen nicht vernachlässigt werden und daher auch ermöglicht werden. Ich hoffe, dass das Thema mal angepackt wird.

2.7 Offene Punkte aus dem letzten Jahr

Zum Schluss seien nochmals zwei offenen Punkte aus dem letzten Jahr erwähnt:

- Wann wird der Film der Studierenden von Prof. Jens Schanze über den Oberbürgermeisterwahlkampf nun mal öffentlich in Deggendorf aufgeführt?
- Wann wird mein Wunsch wahr, dass sich bei den Stadtratssitzungen mehr Kolleginnen und Kollegen an den Diskussionen beitragen als nur die Fraktionsvorsitzenden? Ausnahmen gibt es leider nur in verschwindend geringer Anzahl.

Mit diesem immerwährenden Wunsch gemeinsam die Sitzungskultur voranzubringen, schließe ich und danke denjenigen, die mir zugehört haben, für ihre Aufmerksamkeit. Ausdrücklich schließen wir uns dem Dank von Stadtrat Linsmaier an die gesamte Stadtverwaltung für die geleistete Arbeit an.